



STADT LUDWIGSLUST

DER BÜRGERMEISTER



Stadt Ludwigslust · Schloßstraße 38 · 19288 Ludwigslust

Bundeskanzleramt
Bundeskanzler
Olaf Scholz
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Postanschrift: Stadt Ludwigslust ·
PF 45 · 19282 Ludwigslust
Fachbereich: Bürgermeister
Name: Reinhard Mach
Tel.: 03874 / 526-100
Fax: 03874 / 526-109
E-Mail: reinhard.mach@ludwigslust.de
Internet: www.ludwigslust.de
Datum: 23.09.2022

Betreff: Offener Brief zur Krisensituation

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz,

ich schreibe Ihnen aus Ludwigslust, einer Kleinstadt in Mecklenburg. Ludwigslust hat sich nach der politischen Wende meiner Einschätzung nach sehr gut entwickelt. Eine Reihe von sehr erfolgreichen mittelständischen Unternehmen bilden den Kern der Ludwigsluster Wirtschaftskraft. Diese Unternehmen haben sich in den vergangenen Jahrzehnten auf den regionalen, überregionalen und teilweise sogar internationalen Weltmärkten erfolgreich etabliert. Darüber hinaus gibt es eine große Anzahl von kleineren Unternehmen mit überwiegend weniger als 20 Mitarbeitenden. Der überwiegende Teil dieser Unternehmen entstand in einer Zeit großer struktureller Probleme, geprägt durch hohe Arbeitslosenzahlen, einer starken Abwanderung junger Menschen und niedriger Einkommen der Bevölkerung.

Die aktuelle Situation stellt sich in Ludwigslust genauso dar, wie an den meisten Orten in Mecklenburg-Vorpommern und der Bundesrepublik. Nach wie vor unterscheiden sich jedoch die Rahmenbedingungen für die Unternehmen in Mecklenburg in erheblicher Weise. Die Eigenkapitalausstattung und die Möglichkeiten, Rücklagen zu bilden, waren auch in den vergangenen, guten Jahren bis 2019 nicht im Ansatz vergleichbar mit dem bundesweiten Durchschnitt. Nach wie vor zählt Mecklenburg-Vorpommern und damit auch unsere Stadt Ludwigslust zu der Region mit den niedrigsten Familieneinkommen in Deutschland. Dennoch waren die Menschen bis vor kurzem voller Optimismus und Tatendrang und es war uns gelungen, den überwiegenden Teil der jungen Menschen davon zu überzeugen, auch nach ihrer Ausbildung ihren Lebensmittelpunkt in ihrer mecklenburgischen Heimat zu behalten. Die sich auf hohem Niveau entwickelnde Inflation, die aktuellen und prognostizierten Preise für Heizung und Strom verunsichern nicht nur unsere Einwohnerinnen und Einwohner. Auch die Unternehmerinnen und Unternehmer im Einzelhandel, im Handwerk und im Dienstleistungsgewerbe sowie unsere mittelständischen Betriebe, die das Fundament der wirtschaftlichen Sicherheit unserer Bevölkerung sind, haben derzeit massive Probleme, die steigenden Energiekosten und die daraus resultierenden Preis- und Umsatzveränderungen in ihrer kurz- und mittelfristigen Unternehmensplanung betriebswirtschaftlich angemessen zu kalkulieren. Forderungen der Mitarbeitenden nach Lohnerhöhungen aufgrund des Kostendrucks in den Familien verstärken diese Not zusätzlich. Auch Senioren-, Sozial- und

Gesundheitseinrichtungen sehen sich durch die Kostensteigerungen in ihrer Existenz bedroht, da die Refinanzierung derzeit unklar ist. Daraus resultieren inzwischen Existenzängste in allen Bevölkerungsschichten, die vergleichbar sind mit den Ängsten der damaligen Bevölkerung im Osten Deutschlands nach der politischen Wende, die Anfang der 90er Jahre zu 50 % ihren Beruf wechseln und sich komplett neu orientieren mussten, weil die Wirtschaft im Osten Deutschlands de facto zusammengebrochen war.

Es ist jetzt – 25 Jahre später – die nächste Generation, die sich mit Unterstützung ihrer Familien eine Existenz aufgebaut haben und allmählich die Früchte fleißigen Arbeitens in einer sozialen Marktwirtschaft genießen wollten. Dabei muss betont werden, dass der Lebensstandard in Mecklenburg immer noch weit hinter dem Lebensstandard vieler Regionen in den alten Bundesländern liegt – und dennoch waren die Menschen zufrieden. Aktuell haben die Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt jedoch Angst, dass sie die Kosten für Heizung und Strom nicht mehr bezahlen können, dass ihre Arbeitgeber, die Unternehmen nicht mehr fortführen können bzw. im großen Stil Arbeitsplätze abbauen, um weiter zu existieren. Diese Ängste führen zu massiven Demonstrationen. Gestern waren 800 Demonstranten in Ludwigslust unterwegs, dies entspricht ca. 7% der Bevölkerung (vom Säugling bis zum Greis). Bedauerlicherweise führen dort auch Rechtsextremisten das Wort und bei den Menschen nehme ich Meinungen wahr, die vergleichbar sind mit der Situation in Deutschland Ende der 20er Jahre. Es wird gesagt, die Rechtsextremisten seien eine überschaubare Gruppe, die so wenig Einfluss hat, dass sie der Demokratie keinen Schaden zufügen kann. Diesen Irrtum hat es Ende der 20er/Anfang der 30er Jahre auch gegeben. Wohin das geführt hat, brauche ich nicht weiter ausführen!

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, eine der Ursachen für die von mir beschriebenen Ängste und Unsicherheiten der Bürgerinnen und Bürger ist aus meiner Sicht die mangelhafte Kommunikation der Bundesregierung und die bisher kommunizierten Programme, mit der dieser krisenhaften Situation entgegengewirkt werden soll. Man muss unseren Menschen nicht erklären, dass sie sparen müssen, wenn das Geld nicht ausreicht den Lebensunterhalt zu finanzieren. Es hilft nach meinem Verständnis auch nicht, Programme aufzulegen, von denen der Arzt, der mit der Richterin verheiratet ist, genauso profitiert wie die Verkäuferin, die mit dem Kraftfahrer verheiratet ist. Die Menschen erwarten zielgenaue und konkrete Hilfen, die sie tatsächlich entlasten, und zwar diejenigen, die auch der Hilfe bedürfen. Die kleinen und mittelständischen Unternehmen erwarten, dass die Bundesregierung nicht tatenlos zuschaut, wie sich multinationale Konzerne darin überbieten, ihre zu erwartenden Quartalsgewinne im Milliardenbereich zu korrigieren. Vielmehr wird erwartet, dass die immer weiter auseinanderdriftende Einkommenssituation zwischen den einfachen, arbeitenden Menschen und den Reichen und Superreichen Einhalt geboten wird.

Ich mache mir große Sorgen um den Fortbestand unserer Stadtwerke und unserer kommunalen Wohnungsgesellschaft. Beide Unternehmen können auf eine 30-jährige Geschichte zurückblicken und konnten sich durch kluge Entscheidungen der Geschäftsführung, Aufsichtsräte und Gesellschafter kontinuierlich entwickeln. Nun laufen sie Gefahr, in erheblicher Weise Substanz zu verlieren bzw. von Insolvenz bedroht zu werden.

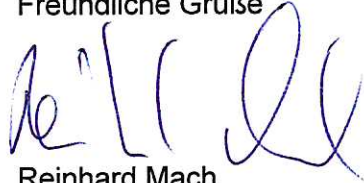
Ich spreche im Namen der Ludwigslusterinnen und Ludwigsluster, wenn ich erwarte, dass die Politik der Bundesregierung nicht überwiegend der Unterstützung des ukrainischen Volkes bei ihrem gerechten Kampf gegen den russischen Aggressor dient, sondern auch und in besonderer Weise dem Wohl des eigenen Volkes. Vielfach hinterlassen die Entscheidungen der Bundesregierung zumindest bei den Menschen, mit denen ich gesprochen habe, den Eindruck, dass dies im Kern nicht so ist. In einem reichen Land wie Deutschland muss es

möglich sein, die Politik für die Menschen so zu gestalten, dass Unsicherheit und Existenzängste die Menschen nicht zu Tausenden auf die Straße treiben und trotzdem das ukrainische Volk in einer Form zu unterstützen, die der Wirtschaftskraft Deutschlands angemessen ist.

Ich schreibe diese Zeilen aus purer Verzweiflung. Ich sehe mich derzeit nicht mehr in der Lage, den Menschen diese Politik des Bundes zu erklären. Dies war jedoch in den vergangenen Jahrzehnten stets mein Anspruch, dem ich in vielen Gesprächen mit unseren Einwohnerinnen und Einwohnern gerecht werden konnte.

Bitte sorgen Sie durch Ihr Handeln dafür, dass das Vertrauen in unsere Demokratie nicht weiter Schaden nimmt und meine Befürchtung zu einer Entwicklung, vergleichbar mit den 30er Jahren, niemals Wirklichkeit werden.

Freundliche Grüße



Reinhard Mach
Bürgermeister



Helmut Schapper
Präsident der
Stadtvertretung Ludwigslust

Unterstützt von folgenden
Fraktionen der Stadtvertretung:

- Alternative für Ludwigslust
- Aufbruch Ludwigslust
- Bürger-Forum Ludwigslust
- CDU
- DIE LINKE
- Freie Wähler/FDP
- SPD

